



Städte- und Gemeindebund Brandenburg - Stephensonstraße 4, 14482 Potsdam

An  
die Mitglieder des Landtages Brandenburg,  
den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg

Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4  
14482 Potsdam  
Telefon: (03 31) 7 43 51-0  
Telefax: (03 31) 7 43 51-33  
E-Mail: [mail@stgb-brandenburg.de](mailto:mail@stgb-brandenburg.de)  
Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>

Datum: 2010-09-24

Aktenzeichen: 104-06

Auskunft erteilt: Karl-Ludwig Böttcher

**- Offener Brief -**

**Polizeistrukturreform 2020**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wie Sie wissen, wird derzeit durch die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums des Innern eine grundlegende Umstrukturierung der Polizei im Land Brandenburg vorgenommen. Kernpunkte dieser Reform sind der Abbau von 1873 Stellen bei der Polizei im Land Brandenburg, die Zusammenfassung der 15 Schutzbereiche in 4 Direktionen und die Reduzierung der derzeit 50 Polizeiwachen (ohne Autobahn- und Wasserschutzpolizei) auf 15 Polizeiwachen.

Wir befürchten, dass bei einer Umsetzung des vorgelegten Reformkonzeptes eine verantwortungsvolle Polizeiarbeit in weiten Teilen des Landes Brandenburg nicht mehr möglich sein wird.

Die Sicherheit im Land Brandenburg liegt uns allen am Herzen und wir wissen, dass die Mitarbeiter der Polizei das ihrige tun, um diese Sicherheit auf einem hohen Niveau zu halten. Gleichwohl berichten uns z. B. bereits heute immer wieder die Kameraden der Feuerwehr, dass die Polizei bei Einsätzen auf Straßen erst spät eintrifft und oftmals auch schon vor Ende des Einsatzes wieder abrückt. Die Polizeipräsenz gerade in ländlichen Gegenden ist u. E. nicht mehr in einem erforderlichen Maß gegeben. Die Verfolgung von Kleinstdelikten beschränkt sich oft nur noch auf die Aufnahme der Straftat, so dass beim Bürger der Eindruck entsteht, dass diese Straftaten nur noch verwaltet, aber nicht mehr verfolgt werden. Mit der vorgesehenen Polizeistrukturreform werden sich die aufgezeigten Probleme nach unserer Meinung weiter verschärfen.

Die Sicherheit wird vor Ort am besten dadurch gewährleistet, dass Polizei und kommunale Ordnungsbehörden Hand in Hand arbeiten. Wir haben uns deshalb immer dafür eingesetzt, dass die lokalen Handlungsträger beider Seiten möglichst eng zusammenarbeiten. Zu nennen sind hier beispielsweise die gemeinsamen mit dem Ministerium des Innern und den Landkreisen durchgeführte Veranstaltungsreihen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Hier haben wir bewusst Verantwortungsträger von Polizei, Städten, Gemeinden, Ämtern und Kreisen einer Regionen zusammen geschult, so dass man sich auch persönlich kennenlernen konnte, was oftmals die Arbeit vor Ort sehr vereinfacht. Zukünftig wird dies kaum noch möglich sein, weil die Verantwortungsträger der Polizei, welche jetzt nahe in den Wachen und Schutzbereichen verortet sind,

so weit von den einzelnen Städten und Gemeinden entfernt und dazu noch überwiegend mobil arbeiten sollen, dass ein vertrauensvoller persönlicher Umgang nicht mehr stattfinden wird.

Die beabsichtigte Schließung von über 2/3 der gegenwärtigen Polizeiwachen (35 von 50) ist aus Sicht der Städte und Gemeinden so gravierend, dass ein flächendeckender Ersatz durch so genannte interaktive Funkstreifenwagen als unrealistisch angesehen werden muss. Dieses, mal abgesehen von den erheblichen Kosten, auch vor dem Hintergrund, dass auf längere Zeit „weiße Flecken“ hinsichtlich der Internetreichbarkeit bestehen werden und der BOS-Digitalfunk nicht zur Verfügung steht. Darauf geht der Kommissionsbericht nicht ein, ebenso nicht auf die Frage der bisherigen baulichen und sächlichen Investitionen in Polizeiwachen und Schutzbereiche sowie deren Nachnutzungsmöglichkeiten nach Schließung.

Bislang war es der Polizei vielfach noch möglich, in den Nachtstunden dringende Maßnahmen der Gefahrenabwehr, wie zum Beispiel gegen Ruhestörungen, durchzuführen. Es besteht die große Sorge, dass im Zuge der Polizeistrukturreform die Präsenz der Polizei vor Ort derart zurückgehen wird, dass diese Aufgaben faktisch nicht mehr erledigt werden können. In der Folge werden diese Aufgaben auch nachts von den Kommunen wahrgenommen werden müssen. Eine Kostenersparnis beim Land würde deshalb unweigerlich zu einer Kostenerhöhung bei den Kommunen führen. Dieser neue hohe finanzielle Aufwand kann den Kommunen nicht - und erst recht nicht vor dem Hintergrund von erheblich zurückgehenden Finanzausgleichsmitteln des Landes und eigenen Steuereinnahmen - zugemutet werden.

Letztlich - aber sicherlich nicht weniger wichtig - ist, dass die objektive und auch die subjektive Sicherheit der Bürger ein großes Stück Lebensqualität beinhaltet und ein hohes Gut für den Wohn-, Tourismus- und Wirtschaftsstandort Brandenburg darstellt. Auch die Verantwortungsträger in den Städten, Gemeinden und Ämtern wissen, dass sich das Land in einer schwierigen finanziellen Lage befindet. Wir verschließen uns deshalb nicht allen angeführten Argumenten der beabsichtigten Reform. Es stellt sich aber schon grundsätzlich die Frage, ob die Herangehensweise der Kommission „Polizei Brandenburg 2020“, bereits im Vorfeld eine Personalreduzierung von rund 1900 Stellen zu diktieren, richtig sein kann. Nach unserer Auffassung hätte die Kommission sich zunächst mit der Frage beschäftigen sollen, wie viel und welche Sicherheit im Land Brandenburg gebraucht wird. Dass es später auch aufgrund der finanziellen Lage zu Abstrichen kommen kann, ist jedem bewusst. Daneben sind sicherlich noch viele andere Fragen nicht ausreichend beleuchtet, etwa wie die Zusammenarbeit im Katastrophenfall oder bei größeren Gefahrenlagen funktionieren soll. Wurde berücksichtigt, dass Brandenburg ein Tourismusland ist und schon allein dadurch bedingt saisonal eine vielfach höhere Zahl von Menschen in Städten und Gemeinden leben? Gerade im Tourismus kommt es auch auf das subjektive Empfinden der Urlauber an. Dazu gehört auch der Bereich Sicherheit, einmal gemachte negative Erfahrungen sind schwer zu korrigieren. Auch der Wirtschaftsstandort Brandenburg muss in den Blick genommen werden. Ausreichende Sicherheit durch eine erreichbare Polizei kann durchaus einen Standortfaktor darstellen.

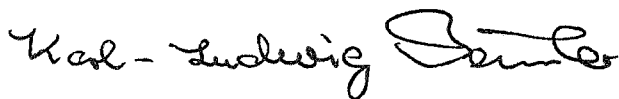
Neben den aufgeworfenen Fragen halten wir es für besonders wichtig, dass in dem Prozess, der zu einer Polizeistrukturreform führt, möglichst viele Betroffene mitgenommen werden. Dies bedeutet aus unserer Sicht auch, dass man sich den kommunalen Verantwortungsträgern stellt und die Probleme mit ihnen diskutiert und ihre Meinung in die Abwägung einbezieht. Letztlich sind es die Hauptverwaltungsbeamten vor Ort, die den Bürgern Rede und Antwort zur Sicherheit in ihrem Ort stehen müssen. Die Teilnahme des Innenministers an unserer letzten Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes und seine Ankündigung, in Gespräche mit den Bürgermeistern mit Wachenstandorten einzutreten, sind hier erste Schritte in die richtige Richtung, reichen jedoch nicht aus. Die spärliche Informationspolitik in den vergangenen Monaten hat nach unserer Ein-

schätzung bei den Bürgern und bei den politischen Handlungsträgern auf allen Ebenen zu starken Verunsicherungen geführt. Ähnlich verhält es sich mit den derzeit nicht vorhandenen Informationen zur Standortauswahl in diesem Bereich.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir möchten Sie bitten, dafür Sorge zu tragen, dass in Brandenburg eine leistungsfähige Polizei erhalten bleibt. Wir unterstützen insoweit die Volksinitiative „Für den Erhalt einer leistung- und handlungsfähigen sowie wahrnehmbar präsenten Polizei in allen Regionen des Landes Brandenburg“. Die im Bericht der Kommission Polizei Brandenburg 2020 vorgeschlagenen Maßnahmen sind nach unserer Auffassung nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Da das entsprechende Gesetz auf diesem Bericht aufbaut, ist davon auszugehen, dass auch dieses Gesetz nicht geeignet ist, diesem Ziel gerecht zu werden. Bitte wirken Sie auch darauf hin, dass bei einer Überarbeitung die Betroffenen stärker einbezogen werden. Dies sind auch die Städte, Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg.

Nachstehend haben wir die Namen der Verantwortungsträger aus Städten, Gemeinden und Ämtern abgedruckt, welche dieses Schreiben unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Ludwig Böttcher

Erstunterzeichner:

Herr Werner Große  
Präsident des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg  
Bürgermeister Stadt Werder (Havel)

Herr Jann Jakobs  
Erster Vizepräsident des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg  
Oberbürgermeister Landeshauptstadt Potsdam

Frau Barbara Klembt  
Vizepräsidentin des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg  
Bürgermeisterin Gemeinde Wiesenburg/Mark

Frau Iris Schülzke  
Vizepräsidentin des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg  
Amtsdirektorin Amt Schlieben

Herr Dr. Klaus-Peter Schulze  
Bürgermeister Stadt Spremberg

Herr Thomas Zenker  
Bürgermeister Stadt Großräschen

Frau Elisabeth Herzog-von-der Heide  
Bürgermeisterin Stadt Luckenwalde

Herr Robert Philipp  
Bürgermeister Stadt Fürstenberg/Havel

Herr Dr. Oliver Hermann  
Bürgermeister Stadt Wittenberge

Herr Roy Wallenta  
Bürgermeister Stadt Premnitz

Herr Hans-Ulrich Kühne  
Amtsdirektor Amt Biesenthal-Barnim

Frau Kerstin Hoppe  
Bürgermeisterin Gemeinde Schwielowsee

Herr Bodo Oehme  
Bürgermeister Gemeinde Schönwalde-Glien

Herr Jürgen Polzehl  
Bürgermeister Stadt Schwedt/Oder

Herr Andreas Fredrich  
Bürgermeister Stadt Senftenberg

Herr Frank Gerhard  
Bürgermeister Stadt Ludwigsfelde

Herr Sven Klemckow  
Bürgermeister Stadt Lychen

Herr Herold Quick  
Bürgermeister Stadt Falkenberg/Elster

Herr Bernd Brandenburg  
Amtsdirektor Amt Gerswalde

Herr Klaus Rocher  
Bürgermeister Gemeinde Rangsdorf

Herr Reth Kalsow  
Bürgermeister Gemeinde Groß Kreutz (Havel)

Frau Dagmar Püschel  
Bürgermeisterin Stadt Eisenhüttenstadt

Herr Roland Adler  
Amtsdirektor Amt Ruhland

Herr Hans-Joachim Laesicke  
Bürgermeister Stadt Oranienburg

Herr Heinrich Jüttner  
Bürgermeister Gemeinde Schöneiche bei Berlin

Frau Irene Kluge  
Bürgermeisterin Stadt Schönewalde

Herr Dieter Herrchen  
Bürgermeister Stadt Elsterwerda

Herr Dr. Rainer Vogel  
Bürgermeister Gemeinde Woltersdorf

Herr Burkhard Horn  
Bürgermeister Stadt Werneuchen

Frau Dr. Grit Brinkmann  
Amtsdirektorin Amt Neuhardenberg

Herr Klaus Prietzel  
Bürgermeister Gemeinde Schipkau

Herr Andreas Meincke  
Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Tantow  
Amt Gartz

Herr Andreas Schwarze  
Stellvertretender ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Tantow  
Amt Gartz

Frau Angelina Richter  
Ortsvorsteherin OT Tantow der Gemeinde Tantow  
Amt Gartz

Herr Dietrich Stein  
Ortsvorsteher OT Schönfeld der Gemeinde Tantow  
Amt Gartz

Herr Helmut Wenzel  
Bürgermeister Stadt Lübbenau/Spreewald

Frau Christina Gericke  
Bürgermeisterin Stadt Storkow

Frau Roswitha Thiede  
Amtsdirektorin Amt Seelow-Land

Frau Cornelia Jung  
Bürgermeisterin Gemeinde Michendorf

Herr Siegbert Nimtz  
Bürgermeister Gemeinde Heidesee

Herr Friedhelm Boginski  
Bürgermeister Stadt Eberswalde

Herr Jens Aasmann  
Amtsdirektor Amt Rhinow

Frau Uta Barkusky  
Bürgermeisterin Stadt Müncheberg

Herr Peter Wittstock  
Bürgermeister Gemeinde Milower Land

Herr Frank Broshog  
Bürgermeister Gemeinde Am Mellensee

Herr Wilhelm Garn  
Bürgermeister Gemeinde Brieselang

Frau Katrin Lange  
Amtsdirektorin Amt Meyenburg

Herr Dr. Ulrich Gerber  
Amtsdirektor Amt Neustadt (Dosse)

Herr Andreas Dommaschk  
Amtsdirektor Amt Elsterland

Frau Hannelore Brendel  
Bürgermeisterin Stadt Mühlberg/Elbe

Herr Frank Pätzig  
Amtsdirektor Amt Dahme/Mark

Herr Manfred Hartfelder  
Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Dahmetal  
Amt Dahme/Mark

Herr Werner Schröder  
Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Ihlow  
Amt Dahme/Mark

Herr Wolfgang Krakow  
Bürgermeister Stadt Angermünde

Herr Fred Fischer  
Bürgermeister Stadt Perleberg

Herr Bernhard Knuth  
Bürgermeister Stadt Beelitz

Herr Udo Tiepelmann  
Bürgermeister Gemeinde Wandlitz

Herr Hans-Jürgen Arndt  
Amtdirektor Amt Bad Wilsnack/Weisen

Herr Peter Jeschke  
Bürgermeister Gemeinde Schenkendöbern

Herr Frank Stege  
Amtdirektor Amt Gransee und Gemeinden

Herr Jochen Kirsch  
Bürgermeister Stadt Erkner

Frau Hannelore Klabunde  
Bürgermeisterin Stadt Bad Belzig

Herr Ulrich Noack  
Amtdirektor Amt Burg (Spreewald)

Herr Michael Grubert  
Bürgermeister Gemeinde Kleinmachnow

Herr Norbert Hagen  
Bürgermeister Gemeinde Birkenwerder

Frau Gudrun Liebener  
Amtdirektorin Amt Wusterwitz

Herr Christian Pust  
Amtdirektor Amt Friesack

Herr Dr. Uwe Klett  
Bürgermeister Gemeinde Fredersdorf-Vogelsdorf

Herr Bengt Kanzler  
Bürgermeister Stadt Vetschau/Spreewald

Herr Bernhardt Rengert  
Bürgermeister Gemeinde Boitzenburger Land

Herr Lothar Bretterbauer  
Bürgermeister Stadt Lübben (Spreewald)

Frau Ursula Schadow  
Amtsdirektorin des Amtes Golßener Land

Herr Wilfried Rauhut  
Bürgermeister Gemeinde Niedergörsdorf

Frau Michaela Schreiber  
Bürgermeisterin Stadt Zossen

Herr Udo Staeck  
Bürgermeister Gemeinde Karstädt

Herr Reiner Schulz  
Amtsdirektor Amt Gramzow

Frau Gudrun Hoffmann  
Bürgermeisterin Gemeinde Plattenburg

Herr Werner Suchner  
Bürgermeister Stadt Calau

Frau Simone Hein  
Amtsdirektorin Amt Beetzsee

Herr Karsten Birkholz  
Amtsdirektor Amt Barnim-Oderbruch

Herr Klaus-Dieter Hübner  
Bürgermeister Stadt Guben

Herr Jürgen Henze  
Bürgermeister Gemeinde Neuenhagen bei Berlin

Herr Thomas Richter  
Bürgermeister Stadt Bad Liebenwerda

Herr Thomas Hähle  
Bürgermeister Stadt Friedland

Herr Gerald Lehmann  
Bürgermeister Stadt Luckau

Herr Bodo Broszinski  
Bürgermeister Stadt Doberlug-Kirchhain

Herr Bernd Lück  
Bürgermeister Stadt Ketzin

Frau Birgit Zuchbold  
Bürgermeisterin Stadt Welzow



Herr Stefan Freimark  
Bürgermeister Gemeinde Gumtow

Frau Christine Wernicke  
Bürgermeisterin der Gemeinde Uckerland

Herr Manfred Drews  
Amtsdirektor Amt Plessa

Herr Holger Horneffer  
1. stellv. Amtsdirektor Amt Falkenberg-Höhe

Herr Andreas Schulz  
Bürgermeister Stadt Hennigsdorf

Frau Ilka Matuschke  
Amtsdirektorin Amt Schlaubetal

Weitere Unterzeichner:

Herr Uwe Pfeiffer  
Bürgermeister Stadt Mittenwalde

Herr Klaus-Dieter Quasdorf  
Bürgermeister Gemeinde Bestensee

Herr Bernd Speer  
Bürgermeister Gemeinde Eichwalde